

rothen Di-azofarbstoffes, darin bestehend, dass man gemäss Patent No. 55 798 1 Mol. der Tetrazo-Verbindung aus Mono-o-nitrobenzidin mit 1 Mol. o-Cresotinsäure vereinigt und das erhaltene Zwischenproduct hierauf mit 1 Mol. $\alpha_1 \alpha_2$ -Naphthol-sulfosaure (Nevile und Winther) combinirt.

Patentanmeldungen.

Klasse:

(R. A. 6. Sept. 1894.)

- 23. G 8433 Aus fossilen Harzen gewonnene Masse für elektrische Zwecke — A Gentzsch Wien XVII 4 9 93.
- 24. P 6660 Feuerungsanlage — M Pollak, Leipzig-Gohlis. 17 1 94
- 28. H 14476 Herstellung von Fischbein Leder aus rohen Häuten. — F Hartmann. Berlin, S. W 14 3 94
- 57. C 4989 Anwendung überschwefelsaurer Salze zur Entfernung des Fixirnatrons aus Photographien. — Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering), Berlin N 13 3 94

(R. A. 10. Sept. 1894.)

- 8. A 3564 Färben und Drucken unter Anwendung von Azofarbstoffen aus $\alpha_1 \beta_1$ -Amidonaphtol oder seinen Sulfosäuren als Componente — Actiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin S O 1 8 93

- 12 B. 16283. Darstellung von o-Nitro p benzoösulfosaure. — C Beck, Stuttgart. 18 6 94
- F. 7313 Darstellung von m-Oxydiphenylaminderivaten aus Dehydrothiolumidin bez Primula und Resorcin. — Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Elberfeld. 24 1 94.
- F. 7320. Darstellung von Pyrazolderivaten. — Farbwerke vorm. Meister Lucius & Bruning, Höchst a. M. 11 11. 93
- F. 7321 Darstellung von Methenyl-Verbindungen. — Farbwerke vorm. Meister Lucius & Bruning, Höchst a. M. 11 11 93
- F. 7560 Darstellung von p-Acetyläthylamidophenyl-äthylcarbonat — Farbwerke vorm. Meister Lucius & Bruning, Höchst a. M. 15 5 94.
- O. 1728. Darstellung von Amidophenol- und Amido-kresolsulfosauren (Zus. z. Pat. 74111) — K. Oehler, Offenbach a. M. 8 7 92
- R. 8811 Darstellung von Di p phenetidyloxamid. — J. D. Riedel, Berlin N. 30 5 94
- 22. C. 4865 Darstellung von Disazofarbstoffen aus $\alpha_1 \alpha_4$ -Chlornaphtol- $\beta_1 \beta_2$ -disulfosaure. — Leopold Cassella & Co., Frankfurt a. M. 19 12 93
- D. 6122 Darstellung eines grünen und eines blaugrauen Farbstoffs aus Mescamin. — L. Durand, Huguenin & Cie, Hünningen i. E. 19 1. 94.
- 75. C 5055 Herstellung von Cementdiaphragmen und solchen porösen Zellen. — H Carmichael, Malden, V. St. A. 24. 4 94.

Deutsche Gesellschaft für angewandte Chemie.

An den Präsidenten des Königl. Staatsministeriums,
Minister des Innern, Herrn Staatsminister Grafen zu
Eulenburg, Excellenz, in Berlin.

Betrifft: Die Regelung der Vorschriften
über die Gebühren der zu gerichtlichen
Expertisen und sonstigen amtlichen
Zwecken zugezogenen Chemiker.

Euer Excellenz

beehrt sich der unterzeichnete Vorstand der
„Deutschen Gesellschaft für angewandte Chemie“ mit Rücksicht auf die aus der Anlage A
sich ergebenden Gründe, und zwar:

- I. dass die bestehenden Verhältnisse, betreffend die den Chemikern bei amtlichen Zuziehungen zu gewährenden Gebühren, dem ungeheuren Fortschritt, den die chemische Wissenschaft genommen hat, sowie den dadurch entstandenen Anforderungen nicht mehr entsprechen,
- II. dass ferner die jetzige Art der Festsetzung — wie sie in Folge Anwendung der §§ 8 und 10 des Gesetzes vom 9. März 1872 gehandhabt wird — eine durchaus unhaltbare geworden ist,
- III. dass auch diese Verhältnisse ungeregelte sind, so dass bei den verschiedenen behördlichen Organen verschiedenartige Ansichten diesbezüglich bestehen, wodurch den Interessenten schwer schädigende und oft verletzende Weiterungen erwachsen,

die gehorsamste Bitte zu unterbreiten:

- 1 im Sinne des § 13 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1878 nach Maassgabe der sub B beiliegenden Vorschläge eine besondere — für die Entschädigung der Chemiker bei amtlichen Zuziehungen bestimmte — Taxvorschrift erlassen zu wollen und dadurch den § 8 des preussischen Gesetzes vom 9. März 1872 für Chemiker ausser Wirksamkeit zu setzen,
sowie anordnen zu wollen, dass
- 2. bei entstandenen Differenzen bez. Bedenken gegen die Liquidation eines Chemikers unparteiische Fach-Chemiker zu hören sind und als oberste Entscheidungs-Instanz die Kaiserlich Physikalisch-Technische Reichsanstalt zu Charlottenburg festgesetzt wird.

Zur weiteren Begründung dieser Bitte gestatten wir uns, auf die in der Anlage A beigefügten Einzelfälle gehorsamst Bezug zu nehmen.

Indem wir dieses Gesuch dem geneigten Wohlwollen Ew. Excellenz ganz ergebenst unterbreiten, sind wir zu allen weiteren Auskünften, Angaben u. s. w. bereit und verharren wir Ew. Excellenz

ganz ergebenster

Vorstand der „Deutschen
Gesellschaft für angewandte Chemie“.
Richard Curtius, Vorsitzender.

Zur Eingabe vom 10. April 1894.

Betrifft:

Die Regelung der Vorschriften über die Gebühren der zu gerichtlichen Expertisen und sonstigen amtlichen Zwecken zugezogenen Chemiker.

Anlage A.

Begründung.

Zur näheren Begründung unserer Bitte gestatten wir uns, zunächst sowohl die im Reiche für sämtliche Sachverständige gültigen Vorschriften, als auch die speciell für Chemiker in den ausserpreussischen Staaten und in Preussen bestehenden Vorschriften anzuführen, um hierauf an der Hand von Einzelfällen die in Preussen bestehenden unhaltbaren Zustände zu beleuchten.

Hierbei schicken wir die Bemerkung voraus, dass

die nachstehenden Taxvorschriften nicht nur bei gerichtlichen und polizeilichen, sondern auch bei fast allen amtlichen Zuziehungen Geltung haben (vgl. Dr. Kayser und Caspar, Preuss. Archiv Bd. I S. 304 und Circ.-Verf. d. Min. d. Innern u. d. Finanzen vom 27. Februar 1884).

Das Reich hat in der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 (R.-G.-Bl. S. 173) sowohl allgemeine, wie auch besondere Bestimmungen getroffen, die gesetzlich bindend sind.

Als oberster Grundsatz für die Entschädigung wurde in den Motiven Folgendes angeführt:

„Der Sachverständige kann nach § 378 der Civilprocessordnung und § 84 der Strafprocessordnung neben der Entschädigung für Zeitversäumniss und der Erstattung der ihm verursachten Kosten auch noch Vergütung seiner Mühewaltung beanspruchen. Damit sind die Principien für Festsetzung der Gebühren der Sachverständigen bereits gesetzlich festgelegt, und es kann sich im Wesentlichen hier nur noch um Festsetzung von Maximal- und Minimalsätzen handeln, soweit dem richterlichen Ermessen hierbei eine Grenze gezogen werden kann.“

Diesem Grundsatz entspricht der folgende Absatz 1 des § 3 citirten Gesetzes:

„Der Sachverständige erhält für seine Leistungen eine Vergütung nach Maassgabe der erforderlichen Zeitversäumniss im Betrage bis zu 2 *M.* für jede angefangene Stunde.“

Die Entschädigung für Terminswahrnehmungen und Reisen wird thatsächlich von

allen Gerichten und Behörden darnach den Chemikern vergütet. Dies geschieht auch vereinzelt für die ausgeführten Untersuchungen.

Hierzu sei bemerkt, dass vereinzelt Gerichte dem chemischen Sachverständigen weniger als 2 *M.* für die Arbeitsstunde vergüten.

So berichtet Herr Stadtrath Chemiker Kyll, Köln a./Rh. (cf. S. 91 J. 1893 der „Zeitschrift für angewandte Chemie“):

„In den Ausführungsbestimmungen des Oberlandesgerichts Köln sind vier Kategorien von Experten aufgestellt und werden die Chemiker in die 2. Klasse mit 1,50 *M.* für die Stunde gestellt.“

Nach Mittheilungen des Herrn Dr. Süssenguth-Magdeburg hat auch das Oberlandesgericht zu Naumburg a./Saale die Einreihung der Chemiker in die II. Gebührentaxe (mit 1,50 *M.* pro Stunde Entschädigung) verfügt.

Es erhalten demgemäss Herr Dr. Süssenguth-Magdeburg bei dem dortigen Amtsgericht, ebenso nach seiner Mittheilung Herr Dr. Teuchert-Halle a./S. bei dem Hallenser Amtsgericht je 1,50 *M.* pro Arbeitsstunde vergütet, während die Landgerichte derselben Orte denselben Sachverständigen, in Halle a./S. auf generelle Verfügung des Herrn Landgerichtspräsidenten, je 2 *M.* zubilligen.

Kürzlich ist dem Professor Dr. Wibel, Director des Hamburger Staatslaboratoriums, vom Kieler Amtsgericht nur 1,20 *M.* pro Stunde (für 1 Tag gleich 10 Stunden = 12 *M.*), und an Aufwand für einen ganzen Tag (statt des im § 8 Geb.-O. vom 30. Juni 1878 zulässigen Maximums von 5 *M.*) nur 3,20 *M.* vergütet worden (Privatklagesache Schmahl ca. Dr. Schulte 142/91).

Eine derartige Entschädigung widerspricht den bestehenden Bestimmungen.

Absatz 2 des erwähnten § 3 schreibt vor, dass die Vergütung nach den Erwerbsverhältnissen des Experten zu bemessen ist, und in den Motiven ist ausserdem Folgendes ausgeführt:

„Dem Sachverständigen ist für seine Mühewaltung grundsätzlich eine gleiche Vergütung zu gewähren, wie wenn die Leistung ausserhalb eines gerichtlichen Verfahrens einem Privaten gemacht würde.“

Einem Privaten wird nach dem seiner Zeit in Köln vereinbarten „Kölner Tarif“ 5 *M.*, und nach dem Tarif des „Vereins Deutscher Ingenieure“ 4 *M.* für die Stunde gerechnet; umsomehr müsste daher das Kölner Gericht 2 *M.* für die Stunde gewähren.

Das Berliner Kammergericht hat — soweit bekannt — noch nie einem Chemiker weniger als 2 *M.* für die Stunde angeboten, und sogar in dem Tarif vom 8. December 1882 (Punkt 6) ausdrücklich auf das Einkommen des Experten, sowie auf die ev. Vergütung nach dem üblichen Preise hingewiesen.

Es lassen auch der Wortlaut des Absatzes 2 des § 3 (Ges. vom 30. Juni 1878) und die zugehörigen Motive, sowie der betreffende Bericht der Justizcommission die Erwerbsverhältnisse des Sachverständigen bei Bemessung der Vergütung gelten.

§ 4 des Gesetzes vom 30. Juni 1878 sieht bei schwierigen Untersuchungen, zu denen die chemischen Arbeiten in der Regel zu zählen sind, überdies eine das gesetzliche Maximum des § 3 überschreitende Gebühr, und zwar nach dem üblichen Preise, vor. Der letztere gilt für die öffentlichen Laboratorien und Chemiker mit 5 *M.* für die Arbeitsstunde.

Es kann daher 2 *M.* als eine nicht zu hoch bemessene Entschädigung für die Arbeitsstunde der Chemiker angesehen werden.

Die Vergütung nach der Arbeitszeit, so knapp diese allgemein bemessen ist, kann immerhin als eine sich dem jeweiligen Arbeitsaufwande anpassende, wenn auch bescheidene Entschädigung angesehen werden. — Leider hebt ein weiterer Punkt diese Bestimmungen der §§ 3 und 4 a. a. O. für die Chemiker grösstentheils auf.

Die Gebührenordnung bestimmt nämlich im § 13 (Reichsges. vom 30. Juni 1878):

„Soweit für gewisse Arten von Sachverständigen besondere Taxvorschriften bestehen, welche an dem Orte des Gerichts, vor welches die Ladung erfolgt, und an dem Aufenthaltsorte des Sachverständigen gelten, kommen lediglich diese Vorschriften in Anwendung. Gelten diese Taxvorschriften nur an einem dieser Orte oder gelten an demselben verschiedene Taxvorschriften, so kann der Sachverständige die Anwendung der ihm günstigeren Bestimmungen verlangen.“

Als besondere Taxvorschriften für gerichtliche chemische Arbeiten werden demnach zur Zeit angesehen:

1. In Preussen das Gesetz vom 9. März 1872 (über die Gebühren der Medicinalbeamten), welches keineswegs erschöpfend die Gebühren für Chemiker regelt und nur nebenbei in einem einzigen Paragraphen — und zwar im § 8 — für die gesammte Arbeit des Chemikers eine Gebühr von 12–75 *M.* festsetzt.

Bestimmungen über Vergütung für Termine, Reisen, umfangreichere Arbeiten u. s. w. sind in diesem Gesetze für Chemiker nicht vorgesehen. (Einzelne Behörden setzen demgemäss sämtliche Gebühren für Chemiker nach dem Zeitaufwande, d. h. nach der Reichs-Gebührenordnung fest, wodurch selbst nach Jahren den Chemikern häufige Weiterungen entstehen.)

Nach einer Verfügung des Herrn Justizministers (Allg. Verf. vom 25. November 1872), die den Gerichten „zur Kenntnissnahme“ mitgetheilt und von diesen nicht immer berücksichtigt werden, ist die mehrfache Ansetzung der Gebühr statthaft, wenn es sich um verschiedene Beweisthatsachen handelt.

2. In Bayern die Bekanntmachung der Königlichen Ministerien der Justiz, des Innern u. s. w., betreffend die Untersuchungsanstalten, vom 25. Juli 1890, wonach ein specieller Tarif für kleinere Untersuchungen von Nahrungs- und Genussmitteln und ausserdem für alle anderen Untersuchungen eine Gebühr von 2 *M.* für die Stunde festgesetzt wird (vgl. I, 2 dieses Tarifs).

3. In Württemberg gilt die Medicinaltaxe vom 4. November 1875.

Diese bestimmt unter III F:

- | | |
|---|--------------|
| a) für die (jede) qualitative Untersuchung zum Nachweis einer Vergiftung | 15 <i>M.</i> |
| b) für die (auch hier ist jede einzelne zu verstehen) quantitative Untersuchung | 30 - |
| c) für das Gutachten | 5 bis 10 - |

4. In Sachsen bestimmt die Verordnung vom 14. März 1872 (Gebührentaxe für Ärzte, Chemiker u. s. w.)

- | | |
|---|-------------------|
| unter C § 66 für die quantitative Bestimmung jedes einzelnen Bestandtheiles | 6 bis 9 <i>M.</i> |
| in C § 67 für die chemische Untersuchung auf Gifte | 9 bis 60 - |
| und für die dabei auszuführende quantitative Bestimmung eines (jeden) Giftes | 18 bis 30 - |
| in C § 68 für das (zu 67 gehörige) Gutachten | 6 bis 15 - |
| und ausserdem in den „Allgemeinen Bestimmungen“ A § 6, dass über die Maximalsätze hinausgegangen werden kann, wenn letztere keine genügende Vergütung darstellen. | |

5. Im Grossherzogthum Baden wird pro Tagesarbeit 20 *M.* berechnet (vgl. §§ 60 und 61 der Badischen Dienstanweisung für Gerichtsärzte vom 4. Januar 1883, G. und V. Bl. III S. 33).

6. Im Grossherzogthum Hessen wird ebenso, wie in

7. Lübeck und einigen anderen kleineren Staaten 2 *M.* für die Stunde berechnet.

8. Bremen gewährt 4 *M.* für die Arbeitsstunde (§ 1 des Gesetzes, betr. Sachverständigengebühren, vom 16. Januar 1880).

Aus dem Angeführten folgt daher, dass der Staat Bremen die Arbeit am besten, d. h. mit 4 *M.* die Stunde bezahlt, Bayern, Baden, Hessen, Lübeck und die kleineren Staaten halten grundsätzlich den Maximalsatz des Reichsgesetzes (2 *M.* für die Stunde) fest. Württemberg und Sachsen besitzen feste, sich der Arbeitsleistung anpassende und in der Gesamtgebühr nach oben nicht begrenzte Sätze. Preussen allein kennt nur einen begrenzten Satz von 12—75 *M.* für jedwede Leistung der Chemiker.

Bayern und die meisten deutschen Staaten haben die Consequenzen der im Jahre 1878 vom Reiche erlassenen Gebührenordnung gezogen und entweder eine für Chemiker bestimmte besondere Taxvorschrift erlassen, oder sie wenden die alten Bestimmungen — soweit sie die Gebührenfrage nicht erschöpfend behandeln und dem Fortschritte nicht entsprechen — nicht mehr an, um die Chemiker nach der Reichsgebührenordnung (§ 3, Vergütung nach dem Zeitaufwande) zu entschädigen.

In Preussen ist es bisher zu einer zeitgemässen Regelung nicht gekommen, so dass gegenwärtig unhaltbare Zustände herrschen. — Hier wird, wie weiter unten aus den Einzelfällen ersichtlich ist, sowohl nach dem Zeitaufwande (§ 3 Gesetz vom 3. April 1878) als auch nach dem Pauschalsatz von 12 bis 75 *M.* (§ 8 Gesetz vom 9. März 1872) entschädigt. Die Königl. Oberrechnungskammer hat dieses Verfahren wiederholt monirt.

(Potsdam, den 7. Januar 1887 und 9. November 1888, gez. „Messerschmidt“.)

In einer und derselben Rechnung müssen oft verschiedene Taxvorschriften angewendet werden, um überhaupt eine Berechnung zu ermöglichen. Im § 8 sowie im ganzen Gesetz vom 9. März 1872 sind Gebühren für Termine und Reisen der Chemiker gar nicht vorgesehen. Die alten Bestimmungen des Gesetzes vom 9. März 1872 sind in erster Linie für Ärzte erlassen worden.

Es durfte schon damals die Chemie nicht mehr mit Recht nur als integrierender Bestandtheil der Medicin angesehen werden; seitdem hat die chemische Wissenschaft aber einen so viel weiteren — ungeheuren — Fortschritt genommen, dass heute Niemand mehr daran denken würde, sie anders als eine gesonderte, selbstständige Disciplin zu behandeln. Auf die dem Chemiker in Folge

der Entdeckung der Leichen-Alkaloide und vieler anderer Stoffe, sowie in Folge Vertiefung und Erweiterung der eigentlichen forensischen Chemie gegen früher erwachsene umfangreiche Mehrarbeit soll hier gar nicht eingegangen werden. Es darf vielleicht nur auf die vielen erst in Folge des Fortschrittes der Chemie möglich gewordenen Patent- und anderen gewerblichen Streitigkeiten hingewiesen werden, deren Lösung den Chemiker häufig Monate hindurch in Anspruch nimmt. Hierdurch treten jetzt — vielfach früher nicht vorausgesehene — sehr verwickelte und zeitraubende Fragen an den Chemiker heran, zu deren Lösung Arbeiten erforderlich sind, für die eine Vergütung von 12 bis 75 *M.* keineswegs ausreicht.

Die am 25. November 1872 erlassene Allgemeine Verfügung (J.-M.-Bl. S. 310), wonach eine mehrfache Ansetzung der Gebühr dann statthaft ist, wenn die Feststellung auf verschiedene Beweisthatsachen (nicht verschiedene Objecte) sich erstreckt, hat, abgesehen davon, dass beim Vorliegen nur einer Beweisfrage häufig sehr viele Objecte zu der Gesamtgebühr von 75 *M.* untersucht werden müssen, auch noch das Bedenkliche an sich, dass den Gerichten diese Verfügung nur „zur Kenntnissnahme“ zugekommen ist, und dass diese sich häufiger an dieselbe nicht halten, da der fragliche Erlass nicht als eine besondere Taxbestimmung für Chemiker im Sinne des § 13 Reichsgesetzes vom 30. Juni 1878 angesehen wird.

Es kann unmöglich ein Ausgleich dadurch hergestellt werden, dass sowohl bei schwierigen und sehr zeitraubenden, als auch bei einfachen Arbeiten das Maximum von 75 *M.* berechnet wird. Der Chemiker würde niemals für eine geringe Leistung, die z. B. 12 *M.* werth ist, 75 *M.* fordern, noch zugbilligt erhalten können während dagegen jetzt häufig vom Chemiker gefordert wird, dass er mit mehreren Hundert Mark zu entschädigende Leistungen um 75 *M.* ausführt.

Nachstehend einige Fälle zur Beweisführung des vorstehend Angeführten:

Fall 1.

Herr Dr. Teuchert in Halle a. S. erhielt am 24. Mai 1884 vom Amtsgericht in Lützen in der Strafsache gegen die Wittve Leune in Kötzschen eine grosse Kiste mit Gläsern, enthaltend Leichentheile, sowie eine Anzahl von Medicamenten zur Untersuchung auf Gifte.

In den Leichentheilen fand sich eine Menge Arsen, Zink und Kupfer. Die Arzneien enthielten Tincturen. Eine enthielt eine ziemlich starke Lösung von arseniger Säure. Herr Dr. Teuchert hatte sich — in Folge schlechter Erfahrungen —

bei dieser Arbeit die verwendeten Arbeitsstunden gewissenhaft notirt und gebrauchte in Summa 241 Arbeitsstunden, wofür er inclusive Reagentien-u. s. w. Verbrauch 525,85 *M.* liquidirte. Statt dessen erhielt er 118,85 *M.*

Auf die Beschwerde beim Oberlandesgericht erhielt Herr Dr. Teuchert den Bescheid, dass das Gesetz eine höhere Honorirung wie 75 *M.* für einen einzigen Gerichtsfall nicht zulasse. — Der Abzug beträgt mithin 407 *M.*

Herr Dr. Teuchert erhielt also nur etwa $\frac{1}{5}$ des Liquidationsbetrages.

Fall 2.

In der Processsache Schneeweis & Lissmann gegen

die Fürstlich Isenburg-Birstein'sche Holzindustrie 1891. O. 63/90 Landgericht Hanau hat Herr Dr. Becker-Frankfurt a. M. am 25. Mai und 1. Juni 1891 angestrengt mit der Probenahme von Hölzern eines Gebäudes an Ort und Stelle vollauf zu thun gehabt. Hierauf machte die Untersuchung der Proben im Laboratorium auf Schwamm die Anfertigung von weit über 200 Schnitten der zu untersuchenden Hölzer erforderlich. Sämmtliche Schnitte wurden mikroskopisch geprüft.

Das erstattete Gutachten vom 30. Juni 1891 umfasste 11 Folioseiten und wurden 55 Belegpräparate überreicht.

Die Liquidation vom 10. Juli 1891 über 265 *M.* wurde trotz Remonstration auf 155 *M.* herabgesetzt, und zwar, wie aus dem Beschluss der Civilkammer des Landgerichts zu Hanau vom 21. August 1891 hervorgeht, in folgender Art:

Ges. v. 30. 6. 78	2 Termine ausserhalb für den ganzen Tag à 20 <i>M.</i>	40 <i>M.</i>
	2 Aufwandvergütungen à 5 <i>M.</i>	10 <i>M.</i>
Ges. v. 9. 3. 72	für die Untersuchungen inclusive Gutachten	75 <i>M.</i>
	für Auslagen (Reagentien u. s. w.)	30 <i>M.</i>
	Sa.	155 <i>M.</i>

Vergebens versuchte Herr Dr. Becker, gegen diesen Beschluss mit der Begründung zu remonstriren, dass derartige umfangreiche, nichts mit Medicinalsachen gemeinhabende, Untersuchungen auch nichts mit dem Medicinalgebührengesetz zu thun haben, und dass daher der § 8 Ges. v. 9. März 1872 hier nicht anwendbar sei.

Es blieb bei dem Abzug von *M.* 110.

Fall 3.

Herr Professor Dr. Karl Polstorff-Göttingen erhält am 2. Mai 1889 von der Staatsanwaltschaft in Bochum in der Liebrass'schen Todesermittlungssache J. 638/89 Leichenheile zur Untersuchung, wofür er am 23. Juni 1889 144 *M.* ausgezahlt erhielt. Am 5. December 1891 werden ihm von der Gerichtskasse zu Göttingen 60,10 *M.* wieder abverlangt, wobei sich folgender Sachverhalt herausstellt:

Die Königliche Oberrechnungskammer hatte die Festsetzung der Königlichen Regierung zu Arnberg vom 17. Juni 1889, wonach in Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft zu Bochum

2 Beweisfragen vorliegen, beanstandet und behauptet, dass nach § 8 Ges. vom 9. März 1872 nur eine Beweisfrage und demgemäss 75 *M.* zu bewilligen seien. Der Herr Regierungspräsident zu Arnberg (J. N. A. IIb 1340) hat deshalb auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Bochum die Liquidation auf 84 *M.* herabgesetzt und hierbei Folgendes bemerkt: „Ich bemerke jedoch ergebenst, dass man in Zukunft bei so geringen Vergütungen vielleicht Gefahr laufen wird, für solche umfangreichen, schwierigen chemischen Arbeiten qualifizierte Chemiker zu finden.“

Fall 4.

In der Processsache des Wassermühlenbesitzers Gustav Mückner und Genossen zu Klaptau gegen

die Zuckerfabrik Mitscher & Co.

Action-Gesellschaft in Lüben O. 75/1884

erhielt Herr Gerichtschemiker Dr. Hulwa-Breslau vom Königl. Landgericht Liegnitz am 12. Juni 1884 den Auftrag, über — von demselben zugesandte — 3 Wasserproben laut mitgetheilten Beweisbeschlusses einen gutachtlichen Bericht zu erstatten. Die Erledigung dieses Auftrages bedingte neben einer Besichtigung des Processerrains weitere Entnahmen von Wasserproben, so dass insgesamt 14 chemische und mikroskopische Untersuchungen von Wasser ausgeführt werden mussten. Für diese Untersuchungen, einschliesslich der Einsichtnahme in die Akten, der verbrauchten Reagentien, für Benutzung von Apparaten und Geräthschaften, der Reise- und Porto-Auslagen, sowie der Ausarbeitung eines 39 Seiten umfassenden schriftlichen Gutachtens liquidirte Herr Dr. Hulwa (gemäss dem bis dahin in Breslau üblichen Modus — nach dem Zeitaufwande) am 16. April 1885 *M.* 555,60. Durch Schreiben des Königl. Landgerichts in Liegnitz vom 7. Mai 1885 wurde Herr Dr. Hulwa ersucht, seine Liquidation, namentlich bezüglich des für die chemische und mikroskopische Untersuchung von 14 Wasserproben nebst Gutachten angesetzten Betrages von 500 *M.* nach Maassgabe der §§ 8, 10 des Gesetzes vom 9. März 1872 beziehungsweise Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 § 3 näher zu begründen.

Nachdem Herr Dr. Hulwa diesem Ersuchen durch ein ausführliches Schreiben nachgekommen war, wurde demselben unterm 6. Juni 1885 weiterhin aufgegeben, noch die Beläge über die in seiner Nota angegebenen Auslagen (Reagentien u. s. w.) einzureichen.

Ferner ging dem Sachverständigen ein Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten in Abschrift zu, wonach sich derselbe nochmals vor Festsetzung der Liquidation über die Nothwendigkeit der Untersuchungen von 14 Wasserproben auszusprechen hatte. Mittels Eingaben vom 15. Juni und 16. Juli 1885 wurde auch diesem Wunsche entsprochen, und erhielt Herr Dr. Hulwa am 12. August 1886 vom Königl. Landgericht in Liegnitz nach erfolgter Revision seiner Rechnung den auf 415,60 *M.* festgesetzten Betrag angewiesen. Der Abzug betrug in diesem Falle trotz aller Erläuterungen, Eingaben u. s. w. noch immerhin 140 *M.* Eine weitere Beschwerde in dieser Sache erschien aussichtslos.

Fall 5.

In einer Strafsache erhielt Herr Dr. Teuchert-Halle a./S. im Juli 1893 von der Königlichen Staatsanwaltschaft zu Naumburg a./S. den Auftrag, den Bleigehalt von etwa 100 Bierseideldeckeln, die in Halle beschlagnahmt worden sind, zu bestimmen (Trennung des Bleies von Zinn, Antimon, Kupfer und Eisen). Nach fünf Wochen war der Termin bereits zur Verhandlung vor dem Landgericht Naumburg a./S. angesetzt. Herr Dr. Teuchert schrieb zurück,

1. diese etwa 100 Bestimmungen könnten in der bemessenen Zeit nicht fertiggestellt werden,
2. würden diese Untersuchungen etwa 7 bis 800 *M.* kosten,
3. mache er den Vorschlag, aus der beschlagnahmten Anzahl von Bierseideln etwa 10—12 Procent auswählen zu dürfen, die er alsdann in der gewünschten Zeit untersuchen und fertigstellen könne.

Am 28. Juli 1893 erhielt Herr Dr. Teuchert für letzteres den Auftrag, er wählte 12 Seidel aus und lieferte die Arbeit am 21. August ab. Hierfür liquidirte er 165 *M.* unter Zugrundelegung von 9 Stunden Arbeitszeit pro Stück à Stunde 1,50 *M.* und 2 Stunden für das Gutachten. Auf jede Analyse entfällt somit 13,50 *M.* Bei der fortwährenden Arbeit mit Schwefelwasserstoff ist dieser Preis ein sehr mässiger und nur dadurch zu rechtfertigen, dass es eben 12 Untersuchungen waren. Erst nach längerer Zeit und wiederholten Mahnungen erhielt Herr Dr. Teuchert ohne jeden Vermerk 75 *M.*

Auf die eingelegte Beschwerde erhielt Herr Dr. Teuchert vom Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg den Bescheid, dass die Untersuchung nur auf einen einzigen Gerichtsfall Bezug hat und daher der Maximalpreis von 75 *M.* nur einmal bezahlt werden könnte. Es kommt hiernach auf eine ausschliesslich für diese Sache verwendete Arbeitsstunde der Betrag von 68 Pfennigen.

Fall 6.

Herr Dr. Süssenguth in Magdeburg erhielt in der Todesermittlungssache Elise und Otto Meisezahl J. b. No. 512/91 von der Staatsanwaltschaft Magdeburg 4 Gläser mit Leichentheilen zur Untersuchung auf Gifte. Er liquidirte am 21. März 1891 an der Hand des bis dahin üblichen Rechnungsmodus (— nach dem Zeitaufwande —) incl. Auslagen 166,95 *M.* und erhielt jedoch nur 91,95 *M.*

Fall 7.

Herr Professor Dr. Schröder-Halberstadt erhält in der Strafsache wider Bertha Borchert G. 79/91 vom Amtsgericht Osterwieck den Auftrag, einen Theil einer Kindesleiche zu untersuchen. Er liquidirte für 38 Arbeitsstunden à 2 *M.* = 76 *M.* Er erhält mit dem Bemerken, dass 1,50 *M.* pro Stunde genug sei, 57 *M.* (nach § 3 Gesetz vom 30. Juni 1878).

Erst auf energische Beschwerde beim Landgericht in Halberstadt erhielt Herr Professor Schröder 75 *M.* (nach § 8 Gesetz vom 9. März 1872).

Fall 8.

Herr Professor Dr. Polstorff-Göttingen erhält in der Strafsache gegen die Wwe. Ohnen von der Staatsanwaltschaft zu Aurich am 3. Juni 1889 Leichentheile zur Untersuchung, wobei er 144 *M.* liquidirte. Die Königliche Regierung zu Aurich hat unter dem 15. Juli 1889 die Rechnung ohne Angabe von Gründen zu hoch befunden und sie um 45 *M.* herabgesetzt. Auf die eingelegte Beschwerde mit der Begründung, dass zwei Gefässe mit Leichentheilen gesondert zu untersuchen waren, erhält Herr Professor Polstorff den ablehnenden Bescheid mit der abschriftlichen Mittheilung des Regierungspräsidenten zu Aurich vom 9. August 1889, dass die zwei Gefässe lediglich im Sinne des Regulativs für das Verfahren bei gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichen vom 6. Januar 1875 entnommen worden sind, und kommt daher die später vorzunehmende chemische Untersuchung für die getrennte Aufbewahrung nicht in Betracht; d. h. vom Standpunkte des Chemikers soviel als beide Inhalte zusammen wie ein einziges Object untersuchen, was mit den Pflichten des verantwortlichen Chemikers unvereinbar ist.

Fall 9.

Am 19. Mai 1890 erhält Herr Dr. Teuchert von der Staatsanwaltschaft zu Halle a./S. in der Strafsache ca. Berger drei Untersuchungsobjecte (Wurst und Fleisch) zur Untersuchung auf Gifte. Gefunden wurde Phosphor, andere Gifte waren nicht nachweisbar. Die liquidirten 294,35 *M.* wurden auf 101,35 *M.* herabgesetzt, mithin ein Abzug von 193 *M.* gemacht. Als daher dem Herrn Dr. Teuchert nach einiger Zeit, am 2. April 1892, ähnliche Objecte zur Untersuchung übersandt worden sind, lehnte er das Ersuchen der Staatsanwaltschaft zu Halle a./S. am 3. April 1892 wie folgt ab:

„Br. m. der Königlichen Staatsanwaltschaft mit dem ergebenen Bemerken zurück, dass ich die Untersuchung „auf Gifte im Allgemeinen“ für den gesetzlichen dafür normirten Preis von höchstens 75 *M.* nicht auszuführen in der Lage bin. Die Untersuchung wird vielmehr etwa 300 bis 400 *M.* kosten. Da ich schon wiederholt durch Übernahme derartiger Untersuchungen empfindlichen Schaden erlitten habe, sehe ich mich genöthigt, vorstehend verlangte Untersuchung abzuweisen und der Königlichen Staatsanwaltschaft die Untersuchungsobjecte uneröffnet zurückzusenden.“

Fall 10.

Die amtliche Chemische Versuchsstation zu Coblenz erhält im April 1888 von der dortigen Staatsanwaltschaft zwei Objecte zur Untersuchung auf Gifte, wofür der Vorstand an Gebühren 150 *M.* liquidirt und ausgezahlt erhält. Zwei Jahre später — also im April 1890 — wurde der Vorsteher genannter Anstalt, Herr Dr. Samelson, aufgefordert, 75 *M.* auf Anweisung der Oberrechnungskammer zurückzuzahlen, da nach § 8 Gesetz vom 9. März 1872 die Maximalgebühr 75 *M.* ist. Vergebens hat das Medicinalcollegium sich gutachtlich dahin geäußert, dass die Untersuchung sich nach zwei verschiedenen Richtungen hin erstrecken müsste, dass dieselbe sich auf mindestens 160 *M.* berechne. Nichtsdestoweniger musste Dr. Samelson auf Ver-

anlassung der Oberrechnungskammer 75 *M* herauszahlen.

Fall 11.

Der Privatdocent Herr Dr. G. Baumert in Halle a./S. erhält am 3. Juni 1886 von der Königlichen Staatsanwaltschaft daselbst in der Todesermittlungssache Mädel — J. 1203. 86 — zwei Gefässe mit Leichentheilen, Erde und Spähne unterhalb des Sarges entnommen, ferner Kleiderreste und eine Bleiweissfarbe zur Untersuchung auf Gifte. In den Leichentheilen wurde eine Colchicin ähnliche Substanz gefunden. Die Bleiweissfarbe wurde als solche identificirt und die übrigen Objecte enthielten auch die Colchicin ähnliche Substanz. Da letztere entweder auf eine Vergiftung durch Herbstzeitlose oder auf ein Ptomain hindeutete, so wurde nach Zustimmung der Königlichen Staatsanwaltschaft das vermeintliche Colchicin nochmals von den Herren Dr. Baumert und Professor Dr. Brieger-Berlin geprüft und als Fäulnisproduct identificirt.

Die Untersuchung hat mehrere Wochen gedauert und verwendete Herr Dr. Baumert etwa 248 Stunden auf die Arbeit, wofür er à 2 *M* = 496 *M* liquidirte, 41,58 *M* hat er an Auslagen gehabt, soweit die Reagentien und Apparate nicht unentgeltlich von dem staatlichen landwirtschaftlichen Universitätslaboratorium geliefert worden sind.

Hierauf erhält Herr Dr. Baumert unter dem 12. October 1886 statt der liquidirten Summe von 537,58 *M* nur 296,58 *M* mit dem Bemerkung ausgezahlt, dass die Königliche Regierung zu Merseburg seine Liquidation um den Betrag von 241 *M* herabgesetzt habe.

Vergebens versuchte Herr Dr. Baumert wenigstens die Gründe der Regierung für die Herabsetzung kennen zu lernen. Auch dies hat unter dem 26. November 1886 die Staatsanwaltschaft abgelehnt, und es blieb bei der Festsetzung.

Fall 12.

Der Director des Hygienischen Universitätsinstituts, Herr Professor Dr. Renk in Halle a./S., untersucht Ende des Jahres 1893 im Auftrage des Königlichen Kammergerichts als Obergutachter 22 Wässer. Er liquidirt etwa 400 *M*.

Bei der Festsetzung wird dieser Betrag auf 75 *M* mit der Bestimmung festgesetzt, dass diese 22 Untersuchungen lediglich eine Beweissache betreffen.

Wir sind in der Lage, noch eine grössere Anzahl weiterer Fälle auf Verlangen anzugeben, welche die von den Interessenten schwer empfundenen Übelstände beweisen.

Noch grössere Weiterungen für Behörden und Interessenten entstehen dadurch, dass in Preussen die Taxvorschriften für Chemiker überhaupt nicht geregelt sind und dass daher bei den verschiedenen Instanzen keine einheitliche Anschauung über die Anwendbarkeit der bestehenden Normen herrscht, sodass der Sachverständige naturgemäss öfter im Unklaren ist, welche Bestimmung er im gegebenen Fall zu Grunde legen soll. In Ausführung des § 10 des — lediglich für

Ärzte ursprünglich bestimmten — preussischen Gesetzes vom 9. März 1872 liegt in der Regel die Entscheidung über die Liquidation des Chemikers in den Händen der bei den Königlichen Regierungen angestellten Medicinalbeamten.

Dieselben setzen oft entweder ohne jede Erläuterung oder mit für den Sachverständigen unliebsamen Bemerkungen die Gebühren und berechneten Auslagen für Reagentien u. s. w. herab, obwohl letzteres im Sinne der §§ 8 und 10 des Ges. vom 9. März 1872 unzulässig ist. In vielen Fällen geschieht dies ohne Angabe von Gründen, häufig unter der Motivirung, dass die betreffende Arbeit in dem ausgeführten Umfange überflüssig war oder der Verbrauch der angewandten Reagentien u. s. w. zu hoch sei.

Zum Beweise des Angeführten mögen einige Fälle hier Platz finden.

Fall 13.

In der Processache der Herzoglich Ujest'schen Forstverwaltung in Slawentzitz in Oberschlesien ca.

den Königlichen Eisenbahnfiscus, wegen Beschädigung des Forstbestandes längs des Rangirbahnhofes zu Kandrzin, Ob.-Schles. durch den Locomotivenrauch, erhielt Herr Director Dr. Edmund Jensch, zur Zeit in Lusenthal a. d. Saar, im Jahre 1891 vom Amtsgericht Kosel, als ersuchtes Gericht, den Auftrag, ein Gutachten zu erstatten.

Herr Dr. Jensch machte 28 Einzelanalysen, die ihn 37 halbe Tage (à 4½ Stunden täglich) nebst einem Gehülfen in Anspruch genommen haben. Nach wiederholtem Schriftwechsel mit den Gerichtsbehörden sollte er unter Überreichung der Ingenieurtaxe nach dieser liquidiren, was wie folgt geschehen ist:

Für 37 halbe Tage (à 4½ Stunden	
= 166½ Stunden) laut Ingenieurtaxe	
à 4 <i>M</i> pro Stunde	666,50 <i>M</i>
37 Gehilfenstunden à 0,50 <i>M</i>	18,50 -
Summa	685,00 <i>M</i>

Der Herr Medicinalrath der Königlichen Regierung in Oppeln setzte hierauf die Gebühren auf 75 *M* herab und drückte in einer öffentlichen Versammlung zu Oppeln seine ausserordentliche Verwunderung über die Höhe der seiner Ansicht nach unangemessenen Gebühren — allerdings in privater Weise — aus.

Der Abzug beträgt nahezu 9/10 des liquidirten Betrages, ohne dass bisher durch Regress eine veränderte Festsetzung erfolgt wäre.

Fall 14.

In der Strafsache gegen den Tagelöhner Behling erhielten die Herren Gerichtschemiker Dr. Mecke und Dr. Wimmer in Stettin am 25. Februar 1893 von der Staatsanwaltschaft zu Stettin

(J II 119/93) ein Hemd zur Untersuchung auf Samenflecke. Es mussten bei dem ausserst stark mit Koth und auch sonst verunreinigten Hemde etwa 50 mikroskopische Präparate angefertigt werden. Ebenso wurden verschiedene neuere Farbversuche und Controllen ausgeführt.

Für die Thatigkeit, welche etwa 20 Stunden in Anspruch nahm, wurde eine Gebühr von 40 *M* liquidirt.

Am 28 Juni 1893 erhielten die Sachverständigen den Bescheid, dass der Herr Regierungspräsident zu Stettin die Gebühr auf 15 *M* herabgesetzt habe.

Auf die eingelegte Beschwerde erhielten die Sachverständigen nach längerer Zeit den Bescheid, dass der Herr Regierungspräsident die Liquidation nochmals auf 15 *M* herabgesetzt habe.

Es ist also nahezu $\frac{2}{3}$ des liquidirten Betrages von dem die Liquidationen bei der Königlichen Regierung zu Stettin prüfenden Medicinalbeamten ohne Grundangabe abgesetzt worden.

Fall 15

Herr Dr Jeserich-Berlin erhält in einer Stiafsache auf Ersuchen der Königlichen Staatsanwaltschaft zu Lissa 1/P um die Mitte des Jahres 1893 vom Königlichen Amtsgericht Berlin I, Abtheilung 127, Schriftstücke zur Untersuchung bez. Feststellung der Identität zweier polnischer Briefe. Er liquidirte bei Erstattung des Gutachtens am 9 August 1893 unter Befugung eines Photogramms 81,45 *M* (68,45 *M* Gebühren und 13 *M* Auslagen). Das Berliner Polizeipräsidium setzt die Gebühren um mehr wie die Hälfte, auf 30 *M*, herab.

Auf die vom Sachverständigen eingelegte Beschwerde mit der Begründung, dass er über 34 Stunden an der Sache gearbeitet hat, verlangt der begutachtende Medicinalrath des Polizeipräsidioms zunächst die Beibringung eines Beweises über diese Behauptung.

Nachdem der Herr Dr Jeserich die gewünschte Versicherung eines Zeugen über die Arbeitszeit beibringt, wird hierauf die Nothwendigkeit der ausgeführten Arbeit überhaupt in Frage gestellt und angeführt, dass nur 6 *M* die angemessene Entschädigung für eine solche nothwendige Begutachtung wäre, sodass die Angelegenheit zur Zeit — soweit hier bekannt — noch unerledigt ist.

Fall 16

In der Processache
des Mühlenbesitzers Ernst May zu Beigwitz
ca

die Giessmannsdorfer Presshefen-,
Starke- und Kusefabrik E v Falkenhausen zu
Giessmannsdorf $\frac{U\ 947/89}{III\ 17\ 717}$

erhielt der Gerichtschemiker Herr Dr Franz Hulwa in Breslau laut Beweisbeschluss des Königl. Oberlandesgerichts zu Breslau vom 20 September 1890 durch das Königl. Amtsgericht Neisse den Auftrag, ein schriftliches Gutachten über folgende Punkte zu erstatten.

- 1 ob gegenwärtig in der Fabrik der Beklagten insbesondere solche Einrichtungen vorhanden seien, durch welche die Abwasser geklärt

und aller schädlichen Bestandtheile entkleidet werden?

- 2 ob alle diese Bestandtheile auf die Rieselfelder gebracht werden?
- 3 ob dort ausreichende Einrichtungen vorhanden waren, welche deren Abfließen in den Tellnitzbach verhindern?
- 4 ob auch schon früher aus den Fabriken der Beklagten keinerlei verunreinigende und verschlammende Abwasser in den durch das klägerische Grundstück hindurchgehenden Theil des Tellnitzbaches eingelassen werden?
- 5 ob etwa vorhanden gewesene Verschlämmungen und Verunreinigungen nicht aus dem Fabriketablissement der Beklagten, sondern aus anderen Gehöften und Oiten (Ziupitz, Drachwitz) herrühren?
- 6 ob namentlich aus Giessmannsdorf,
- 7 - - - Stephansdorf,
- 8 - - - Lengwitz?

Diese 8 Fragen machten eine viermalige, zu verschiedenen Zeiten ausgeführte Besichtigung des Processterrains, eine dreimalige Entnahme von Wasser und Schlammproben, sowie die eingehende chemische und mikroskopische Untersuchung von 16 Wasserproben und die von 8 Schlammproben nothwendig.

Für die beregten Untersuchungen einschliesslich der Einsichtnahme in die Acten, der verbrauchten Reagentien und Benutzung von Apparaten und Gerathschaften, sowie der Ausarbeitung eines 47 Seiten betragenden schriftlichen Gutachtens liquidirte Herr Dr Hulwa am 15 October 1891 565 *M*.

Eine vom Königl. Regierungspräsidenten an das Königl. Oberlandesgericht behufs Festsetzung dieser Liquidation gerichtete Anfrage,

ob die von Herrn Dr Hulwa ausgeführten Untersuchungen der verschiedenen Wasser- und Schlammproben im Sinne des Erlasses des Herrn Justizministers vom 5 November 1872 als verschiedene Feststellungen und eventuell wie viele anzusehen sind, bez. wie oft die im § 8 des Gesetzes vom 9 März 1872 ausgeworfene Gebühr zu gewahren ist, wurde durch Beschluss des Königl. Oberlandesgerichts vom 23 Januar 1892 dahin beantwortet, dass die vorgenommenen Untersuchungen der verschiedenen Wasser- und Schlammproben als auf eine einzige Beweisthatsache gerichtet anzusehen sind, weshalb die im § 8 des Gesetzes vom 9 März 1872 ausgeworfene Gebühr nur einmal gewahrt werden kann.

Demnach wurde die Liquidation des Herrn Dr Hulwa auf 75 *M* + 25 = 100 *M* herabgesetzt. Die dem Oberlandesgericht eingereichte und von diesem dem Reichsgericht überwiesene Beschwerde des Sachverständigen, in welcher ausgeführt wurde, dass mindestens sieben besondere Feststellungen bez. Beweisthatsachen vorlagen und zur Berechnung standen, hatte den Erfolg, dass das Reichsgericht durch Beschluss vom 11 Mai 1892 sechs Feststellungen mit folgender Begründung zubilligte.

Wenn auch der im Punkte 5 aufgestellte Satz als eine Frage zur Beantwortung des Sachverständigen vorliegt, so löst sich das Satzgefüge, trotzdem es als eine Frage erscheint, dem Inhalte nach

in mehrere Fragen auf. Wenn man auch unterstellt, dass die Bejahung des ersten Theiles (der negativ gefasst ist) des Satzes zugleich den sich logisch ergebenden positiven Anspruch enthält, so ist doch der weitere Beweis angetreten, erfordert und erhoben. Dies konnte durch die thatsächlich vom Sachverständigen erfolgte Negation des ersten Theiles des Satzes nicht festgestellt werden, sondern musste für jeden Theil des Satzes ermittelt werden.

Dem Beschwerdeführer ist hiernach (da Punkt 3 und 4 als Zeugen-Aussagen angesehen wurden) sechs Mal die Gebühr des § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 zuzubilligen.

Herr Dr. Hulwa erhielt hiernach $6 \times 75 = 450 \text{ M.} + 25 \text{ M. Auslagen} = 475 \text{ M.}$, statt der ursprünglichen Festsetzung von 100 M.

Leider ist es nur in den seltensten Fällen möglich, die Entscheidung des Reichsgerichts herbeizuführen.

Fall 17.

In der Ermittlungssache gegen Kirschmann J. III 2523/92 erhielten die gerichtl. Chemiker Herren Dr. Popp und Dr. Becker-Frankfurt a. M. von der Königlichen Staatsanwaltschaft daselbst eine Probe Blutwürste zur Untersuchung auf giftige Bestandtheile (Wurstgift).

Die Liquidation vom 26. Januar 1893 lautete:

1. für mikroskopische Prüfung . . .	5 M.
2. für chemische Prüfung (20 Stunden)	40 -
3. für schriftliche Bearbeitung (2 Stunden)	4 -
4. für verbrauchte Materialien und Reagentien	3 -
Summa	52 M.

Der Herr Regierungs-Medicinalrath bez. die Königl. Regierung zu Wiesbaden setzt dieselbe auf 45 M. herab, indem er Position 3 als gegen § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 verstossend erachtet und die Position 4 deshalb absetzt, weil der Verbrauch nicht durch den Kreisphysikus bescheinigt sei.

Vergebens versuchen die Sachverständigen aus Princip unter dem 1. März 1893 gegen obige Festsetzung darzuthun, dass das Maximum des angezogenen Gesetzes ohnehin nicht erreicht sei und es daher ganz gleichgültig wäre, ob eine Specification angeführt werde, dass es ferner unmöglich sei, jedesmal eine solche Bescheinigung durch den Kreisphysikus herbeizuführen, und sie deshalb einen so geringfügigen Utensilienverbrauch absichtlich minimal berechnen. Es blieb jedoch bei der Festsetzung des Herrn Medicinalrathes.

Fall 18.

In der Strafsache gegen Klausin wegen Raubmordes erhalten zwei Sachverständige nacheinander von dem Herrn Untersuchungsrichter in Berlin II denselben Auftrag zur Untersuchung zahlreicher Objecte auf Blutflecke.

Die früher eingegangene Liquidation des einen Sachverständigen, Herrn Dr. Philipp, schickt man an die Königliche Regierung zu Potsdam, und diese setzt die Gebühren mit 14 Beweisthatsachen ($a 20 \text{ M.}$) = 280 M. fest, welche ausgezahlt werden.

Die später eingehende Liquidation des anderen

Sachverständigen, Herrn Dr. Jeserich, welcher 2 Objecte mehr untersuchen musste und 16 Beweisfragen à 20 M. mit 320 M. liquidirte, gelangte an das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin, das hierfür nur eine Thatsache annimmt und die Liquidation dementsprechend auf 75 M. herabsetzt.

Es wurden also bei demselben Auftrage, den gleichen Objecten und etwa gleicher Ausführung von der einen Regierung die Annahme und folglich Liquidation für 14 Beweisfragen anerkannt, während von der anderen Regierung, obwohl noch zwei weitere Objecte geprüft werden mussten, nur eine Beweisfrage und dementsprechend Liquidation angenommen wurde.

Die Reclamation der Oberrechnungskammer gegen die höhere Festsetzung im ersteren Falle wurde abgewiesen.

Fall 19.

Die Herren Dr. Popp und Dr. Becker-Frankfurt a. M. erhalten am 12. Januar 1892 in der Ermittlungssache gegen den Kaufmann Levy von der Königlichen Staatsanwaltschaft zu Frankfurt a. M. J. 5639/91 gemahlenen Kaffee mit den Handacten. Aus letzteren ergab sich, dass der Denunciant bei dem p.p. Levy gemahlenen Kaffee gekauft und beim Öffnen der Düte Spelztheile im Kaffee fand. p.p. Levy gab an, die Spelztheile könnten durch den Mahlprocess in den Kaffee gelangt sein, denn er verkaufe neben echtem Kaffee auch Kornkaffee u. s. w., und es sei naheliegend, dass etwa zufällig in der Mühle gebliebene Theile in den später gemahlenen Kaffee gelangt sein könnten.

Die Sachverständigen ermittelten den Extract und den Mineralstoffgehalt, ausserdem stellten sie die Schwimmprobe an, mikroskopirten mit Vergleichsobjecten u. dergl.

Sie liquidirten an Gebühren 51 M.

Der Herr Regierungs-Medicinalrath zu Wiesbaden (bez. der Herr Regierungspräsident) erklärte, die chemische Untersuchung sei überhaupt überflüssig gewesen, eine blosse Besichtigung des Kaffees hätte genügt, und dafür sei ein Betrag von 11 M. hinreichend (obwohl der Minimalbetrag 12 M. beträgt). Die Herren Dr. Dr. Popp und Becker mussten sich mit dieser Bestimmung bescheiden.

Fall 20.

In der Processsache Wohl ca. Christen untersuchten auf Ersuchen des Landgerichts Bromberg II O. 39/90 nacheinander drei Sachverständige die ihnen von dem ersuchten Berliner Amtsgericht I Abth. 57 übergebene streitige Waare, Schweineschmalz, „auf Reinheit“.

Der Gerichtschemiker Herr Dr. Bein-Berlin liquidirte am 11. Juli 1891 für die eingehende Untersuchung der drei ihm übergebenen Proben incl. Begutachtung 75 M. an Gebühren und ca. 49 M. an Auslagen. Diese Beträge erhielt er sofort anstandslos ausgezahlt.

Der gerichtliche Chemiker Herr Dr. Schädler-Berlin hatte gleichfalls die drei Proben zu untersuchen und glaubte sich verpflichtet, mit Rücksicht auf die inzwischen aus den Acten sich ergebenden Schwierigkeiten des Falles weitere eingehende Untersuchungen anstellen zu müssen, wodurch ausser einem grossen Aufwand an Arbeitsleistung eine anscheinend unverhältnissmässig grosse Menge

an Reagentien, Gas u. s. w. nothwendig wurde. Er liquidirte demgemäss etwa 180 *M* an Gebühren und an Auslagen etwa 200 *M*.

Er musste auf mit unliebsamen kritischen Bemerkungen über die Auslagen versehene Verfügung etwa viermal die Rechnung umarbeiten, um schliesslich im Februar 1891 an Gebühren 75 *M* und etwa 80 *M* an Auslagen zu erhalten.

Im weiteren Verlauf des Processes wurde ein dritter Sachverständiger, Herr Dr. Herzfeld-Berlin, zugezogen. Dieser erhielt ein Fass, dem er selbst mehrere Schmalzproben zur Untersuchung entnahm. Bei der Complication des Falles wurde eine umfangreiche Bearbeitung vorgenommen, und liquidirte er hierfür unter dem 27. Juni 1891 etwa 200 Arbeitsstunden mit etwa 400 *M* und etwa 70 *M* für Anslagen. — Nach vielfacher unliebsamer Correspondenz und Bemerkungen über die Auslagen erhält er — durch das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin festgesetzt — 75 *M* Gebühren und 70 *M* Auslagen (Reagentien u. s. w.).

Die erhobene Beschwerde wurde zurückgewiesen, und musste Herr Dr. Herzfeld noch etwa 4 *M* Beschwerdekosten tragen.

Fall 21.

In Breslau war in einem sehr alten Kirchenbuch der Breslauer Hauptkirche zur St. Elisabeth an einer Stelle, welche eine sehr beträchtliche Erbschaftsfrage (über einige 100 000 Thaler) betraf, eine Kirchenbuchfälschung äusserst schwieriger Art festzustellen.

Die zunächst an behördlicher Stelle aufgeführte chemische Untersuchung hatte ein negatives Resultat ergeben.

Die Königliche Staatsanwaltschaft zu Breslau wandte sich hierauf an den dortigen gerichtl. Chemiker, Herrn Dr. F. Hulwa, mit dem dringenden Ersuchen, alle möglichen Mittel in Bewegung zu setzen, um die äusserst verdächtige Fälschung zu beweisen.

Nach mehrmonatlichen Vorarbeiten, Vergleichs- und sonstigen Untersuchungen mit verschiedenartigen alten und neueren Tinten und Schriftarten gelang es Herrn Dr. Hulwa, aufs Evidenteste und in einer jedem Laien sofort erkennbaren Weise die Herstellung des alten Namens und den Charakter der Fälschung zu erweisen.

Der Sachverständige liquidirte für diese langwierige und mühevoll Arbeit etwa 300 *M*.

Die Königliche Regierung zu Breslau hielt eine Entschädigung von 75 *M*, ohne Begründung, für genügend, und verblieb es bei dem Abzug von 225 *M*.

Fall 22.

In der Processsache Possehl ca. Melse (Amtsgericht Altena C. 444/90) untersuchen die Chemiker Herr Dr. Kayser-Dortmund und Herr Dr. Kluge-Lübeck das Streitobject, eine Metallwaare.

Ihre Liquidationen, die nach dem Zeitaufwande berechnet waren, wurden ohne Abzug von der Behörde mit 55 *M* bez. 60 *M* festgesetzt und angewiesen.

Bei den differirenden Gutachten hatte der als Obergutachter vernommene Herr Geheime Rath Professor Dr. Wedding-Berlin eine eingehendere

Bearbeitung zu machen für nothwendig erachtet und liquidirte nach dem Gesetz vom 9. März 1872 bei Erstattung seines eingehenden Gutachtens unter dem 31. Januar 1893 300 *M* an Gebühren und etwa 111 *M* an Auslagen, also insgesamt 411 *M*. Es wurden Bedenken gegen die Höhe der Gebühren und Auslagen erhoben.

Das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin lehnte schliesslich die Festsetzung, weil es sich um keine medicinische Untersuchung handelte, ab.

Das Gericht verlangte dennoch, auf Grund der §§ 8 und 10 des Gesetzes vom 9. März 1872, dass das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin die Festsetzung vornehme. Letzteres erklärte, es möge das Gericht nach dem Zeitaufwande die Liquidation selbst festsetzen. — Eine gemeinsame Auffassung beider Behörden ist bisher noch nicht erfolgt und die Liquidation noch nicht erledigt.

Fall 23.

In einer Todesermittelungssache erhielten die Herren Gerichtschemiker Dr. Popp und Dr. Becker-Frankfurt a. M. von der Königlichen Staatsanwaltschaft daselbst — J. 203/93 — Leichen-theile zur Untersuchung auf Gifte. In der unter dem 9. December 1893 ausgefertigten Liquidation über 225 *M* Gebühren und 72,73 *M* an Auslagen für Reagentien u. s. w. wurden von dem Herrn Regierungs-Medicinalrath zu Wiesbaden unter dem 23. December 1893 die eigentlichen Gebühren ohne Abzug festgesetzt und die berechneten Auslagen von 72,73 *M* auf 17,82 *M* herabgesetzt, da er — in die Richtigkeit des Verbrauchs an Reagentienmengen Zweifel setzend — auch diesmal eine Bescheinigung über den stattgehabten Verbrauch durch den Kreisphysikus forderte mit einer weiteren Kritik über die Nothwendigkeit der für die Reagentien bezahlten Preise, obwohl er nach §§ 8² und 10 Gesetz vom 9. März 1872 nur zur Prüfung der Gebühren und nicht zu der der Auslagen berechtigt ist.

Auf die eingereichte Beschwerde ist bisher ein Bescheid noch nicht erfolgt. —

Auch nach dieser Richtung sind wir in der Lage, weitere sehr charakteristische Fälle zur Verfügung zu stellen.

Die chemische Wissenschaft hat sich längst derart entwickelt, dass sie keineswegs mehr als ein untergeordneter Theil des medicinischen oder pharmaceutischen Studiums angesehen werden darf. Bedarf es doch bekanntermaassen eines mehrjährigen ernsthaften Studiums, um nur einigermaassen ihr Gebiet theoretisch kennen zu lernen, geschweige denn auch praktisch in allen Theilen zu beherrschen, so dass selbst der wissenschaftlich durchgebildete und erfahrene Chemiker oftmals nicht in der Lage ist, Specialfragen, die er seltener bearbeitet, sofort ohne Vorbereitungen und Specialstudien in erschöpfender Weise richtig zu beantworten. Wie sollte denn der Mediciner und eventuell sogar der Apotheker, zu deren Ausbildung nur die Kenntniss eines verhält-

nismässig sehr kleinen Theiles des Gebietes der Chemie gehört und denen später fast immer die praktische Beschäftigung mit derselben abgeht, befähigt sein, nun richtig solche Fragen zu beantworten und besonders darüber zu urtheilen, welche Arbeiten und in welcher Ausdehnung solche zur chemischen Expertise nothwendig sind.

Der Vorstand der „Deutschen Gesellschaft für angewandte Chemie“ hat deshalb zur Darlegung der Berechtigung der diesbezüglichen Anschauungen der Gesellschaft bei einer grösseren Anzahl von anerkannt hervorragenden Vertretern der Chemie des In- und Auslandes folgende Anfrage gestellt:

„Sind die als Medicinalbeamte thätigen Ärzte — wenn sie keine besondere chemische Ausbildung durchmachen — im Stande, zu beurtheilen:

- a) ob die Untersuchungen des Chemikers zur Lösung der ihnen gestellten Aufgaben nothwendig oder zum Theil überflüssig waren?
- b) ob die Gebühren der Chemiker der Arbeitsleistung entsprechen und ob die aufgewandten Reagentien und Utensilien zur Erledigung der Aufgabe unbedingt nothwendig waren?“

Wir gestatten uns einige Antworten, wie folgt, anzuführen:

I. Der Director des Instituts für Pharmacie und angewandte Chemie an der Münchener Universität, Herr Hofrath Professor Dr. A. Hilger, Mitglied des Medicinalcomités u. s. w., begutachtet unter dem 29. November 1893, wie folgt:

ad a) Die als Medicinalbeamte thätigen Ärzte sind wohl in der Lage, bei gerichtlich-chemischen Expertisen auf Grund der Voruntersuchung, Obduction u. dgl. auszusprechen, ob überhaupt eine chemische Untersuchung stattfinden soll oder nicht. Niemals können aber dieselben, falls nicht mehrjährige chemische Praxis auf diesem Gebiete vorausgegangen ist, auf Grund ihrer normalen medicinischen Ausbildung das Recht beanspruchen, Kritik über die Arbeiten des chemischen Experten zu üben, zu entscheiden, ob eine chemische Arbeit nöthig war oder nicht. Eine derartige Kritik erkenne ich nur dem erfahrenen Vertreter der Chemie zu, dem Gelegenheit gegeben war, auf dem Gebiete der angewandten Chemie, speciell der analytischen, seine Studien und Erfahrungen zu machen.

ad b) Die Kritik der Gebühren der chemischen Sachverständigen, deren Arbeitsleistung, die Frage, ob die aufgewandten Reagentien und Utensilien zur Erledigung der Aufgabe unbedingt nothwendig waren oder nicht, darf weder durch den Gerichtsbeamten, noch den Medicinalbeamten, welchem nicht chemisch-analytische Erfahrung zur Seite steht, vollzogen werden. Nur der erfahrene Chemiker und zwar nur derjenige, welcher auf chemisch-

analytischem und forensisch-chemischem Gebiete thätig ist oder thätig war, kann auch hier ein zuverlässiger, objectiv urtheilender Sachverständiger sein.

II. Der Director der chemisch-technischen Abtheilung des eidgenössischen Polytechnicums zu Zürich, Herr Professor Dr. G. Lunge, begutachtet die Fragen dahin, dass:

ad a) nur ein entschieden speciell gebildeter Sachverständiger über diese Frage entscheiden kann,

ad b) er diese Frage nur mit einem unbedingten „Nein“ beantworten kann, da über diese Angelegenheit ein nicht in der chemischen Praxis stehender Mann überhaupt gar kein gültiges Urtheil besitzen kann.

III. Herr Professor Dr. Cl. Winkler, königlicher Oberbergrath und Director des chemischen Laboratoriums an der Bergakademie zu Freiberg i. S., beantwortet die Fragen unter dem 19. November 1893 dahin, dass

den Medicinalbeamten kein Urtheil über die Fragen ad a) und b) zugebilligt werden kann, weil über die zu a) und b) aufgeführten Fragen eigentlich nur ein Chemiker vom Fach entscheiden kann.

IV. Herr Professor Dr. Th. Curtius, Director des chemischen Universitätslaboratoriums zu Kiel, beantwortet die beiden gestellten Fragen am 16. November 1893 einfach mit „nein“.

V. Ebenso begutachtet Herr Geheimer Hofrath Professor Dr. R. Fresenius, der Nestor der analytischen Chemiker, die gestellten Fragen am 5. Januar 1894 verneinend.

VI. Herr Professor Dr. Victor Meyer, Geheimer Rath und Director des Universitätslaboratoriums zu Heidelberg, beantwortet unter dem 20. November 1893 die Anfrage dahin, dass

die als Medicinalräthe thätigen Ärzte — nach seiner langjährigen Erfahrung als Lehrer und Examiner von Medicinern — nicht im Stande sind, die zu a) und b) genannten Fragen zu beurtheilen.

VII. Herr Professor Dr. A. Stutzer, Director der landwirthschaftlichen Versuchsstation zu Bonn a Rh., schreibt unter dem 23. November 1893:

„Nach meiner Überzeugung sind die als Medicinalbeamte thätigen Ärzte, wenn sie keine besondere chemische Ausbildung genossen haben, nicht in der Lage, beurtheilen zu können, ob die in Ihrem Schreiben unter a) und b) erwähnten Untersuchungen nöthig und ob die berechneten Gebühren angemessen sind.“

Unter einer besonderen chemischen Ausbildung verstehe ich nicht die Vorbereitungen des jungen Studenten zum Tentamen physicum, sondern eine spätere praktische und theoretisch genügende Ausbildung.

Ich halte es für wünschenswerth, dass der § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872, „betreffend die den Medicinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher Medicinal- oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährende Vergütung“ aufgehoben wird. Heute zweifelt Niemand mehr daran, dass die Chemie eine selbstständige, von der Medicin unabhängige Wissenschaft ist.

Der Chemiker fungirt vor Gericht stets als selbstständiger und verantwortlicher Sachverständiger und steht der § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872, wonach betreffs der Honorirung für seine Arbeiten der Chemiker als Assistent des Medicinalbeamten betrachtet wird, im Widerspruch mit den thatsächlichen Verhältnissen.“

VIII. Herr Geheimrath Professor Dr. Th. Poleck, Director des Universitätslaboratoriums zu Breslau, beantwortet die Fragen unter dem 30. November 1893 mit einem „glatten Nein“ und bemerkt noch:

„Ich kann mein Votum auf Erfahrungen aus der eigenen Praxis stützen, wo in einem Vergiftungsfall durchaus nothwendige Untersuchungen zur Klärung der Sachlage als solche nicht angesehen und demgemäss beanstandet wurden.“

Ich beschwerte mich deswegen bei dem Ministerium u. s. w.

Es ist keine einzige Antwort eingegangen, welche auch nur ein annähernd abweichendes Urtheil von den vorstehenden Auffassungen darthun würde.

Aus den oben angeführten Gründen und Einzelangaben, welche in keiner Weise eine erschöpfende Darstellung der unerquicklichen Lage chemischer Sachverständiger geben, welche wir durch charakteristische Einzelfälle auf Wunsch zu ergänzen bereit sind, hoffen wir, Ew. Excellenz die Berechtigung unserer Anschauung über die Unhaltbarkeit der diesbezüglichen heutigen Verhältnisse sowie die Nothwendigkeit einer anderweitigen Regelung der amtlichen Gebühren für chemische Sachverständige dargelegt zu haben, durch welche Neuregelung den Königl. Behörden u. s. w. sowie den Interessenten vielfache Weiterungen erspart bleiben würden.

Anlage B.

Gebühren-Taxe für Chemiker bei amtlichen Zuziehungen (§ 13 Geb.-Ordnung v. 30. Juni 1873, R.-G.-Bl. S. 173).

A. Es ist zu vergüten — je nach der Schwierigkeit und dem Umfang der Arbeit:

- | | | |
|---|---------|----|
| 1. für jede qualitative Einzelprüfung in einem Objecte (z. B. auf Eisen oder Chlor) | 3 bis 5 | M. |
| 2. für jedes qualitativ zu suchende Gift in einem Objecte | 10 - 25 | - |
| 3. für jede quantitative Einzelbestimmung in einem Objecte | 6 - 20 | - |
| 4. für jede quantitative Einzelbestimmung eines Giftes in einem Objecte | 20 - 35 | - |
| 5. für die vollständige Untersuchung eines Objectes auf „Gifte“ überhaupt . . . | 125 | - |

- | | | |
|--|----|----|
| 6. für jedes weitere gleichzeitig mit dem ersteren (cf. A 5) zur Untersuchung „auf Gifte“ übergebene Object ein weiterer Betrag von je | 75 | M. |
|--|----|----|

7. für die Abgabe eines Berichtes über eine ausgeführte Untersuchung neben der Untersuchungsgebühr, incl. Schreibarbeit:

- | | | |
|---|----------|---|
| a) ohne ein motivirtes Gutachten zu erstatten . . | 3 bis 10 | - |
| β) mit einem erfordernten motivirten Gutachten . | 10 - 25 | - |

- B. Die höchsten Sätze sind dann anzuwenden, wenn nur wenige (1 bis 4) Einzelbestimmungen auszuführen waren. Liegen mehr wie 4 Einzelbestimmungen vor, so sind die höchsten Sätze nur dann zu vergüten, wenn die Arbeit schwieriger oder umfangreicher Natur war.

- C. Für Arbeiten, bei denen die chemisch-analytische Thätigkeit (also die einzelnen Bestimmungen) nicht die Hauptsache ist, wo vielmehr Versuche anzustellen, bez. umfangreiche Gutachten (z. B. in Patent- und sonstigen Streitfällen) anzufertigen sind, ist nach dem Zeitaufwand wie folgt zu vergüten:

8. für jeden ausschliesslich auf die betr. Arbeit verwendeten Zeitraum:

- | | | |
|----------------------------------|----|----|
| a) eines ganzen Arbeitstages . . | 20 | M. |
| b) eines halben Arbeitstages . . | 10 | - |
| c) einer jeden Stunde | 2 | - |

9. für jede für die betr. Aufgabe neben einer anderen verrichteten Arbeit (z. B. Abdampfen u. s. w., Filtriren und ähnliches Andere), also für jede indirect verwendete Arbeitsstunde

- D. Die Auslagen für Reagentien, Utensilien, Abnutzung der Apparate u. s. w. sind neben der unter A und C genannten Gebühr entweder nach dem wirklichen Aufwande — soweit solcher sich überhaupt berechnen lässt — oder durch einen Pauschalbetrag, der $\frac{1}{3}$ der Gebühr nicht übersteigen darf, zu berechnen.

- E. Termine werden mit 2 M. für jede angefangene Stunde, bei Terminen ausserhalb des Wolsitzes des Sachverständigen wird die Zeitversäumniss eines Tages mit 20 M. und ausserdem 5 M. für Aufwand und 3 M. für Nachtquartier, sowie stets die gebachten Fahrgeldauslagen vergütet.

- F. a) In zweifelhaften Fällen sind Fachchemiker zu hören, deren Urtheil sammt Gründe für den Fall der Herabsetzung der Liquidation dem Rechnungssteller bekannt zu geben sind.

- b) Auf den gegen eine solche Festsetzung sub a) erhobenen Einspruch des liquidirenden Sachverständigen ist in endgültiger Instanz das Gutachten der Kaiserlichen Physikalisch-Technischen Reichsanstalt einzuholen.